

SOISSESMONATSECHO

AUSGABE 01 - JANUAR 2018

SO ISSES MONATS ECHO

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Dresdner Stadtrat

PERIODISCH ERSCHEINENDE MONATSSCHRIFT

Mit Beiträgen von Michael Schmelich, Ulrike Hinz, Manuela Schott und den Elbhanggrünen

INHALT



04 KOMMUNALES WOHNUNGSUNTERNEHMEN



09

HEINRICH-SCHÜTZ-KONSERVATORIUM IST JETZT EIGENBETRIEB



10

GEMEINSAME BÜRGERSPRECHSTUNDEN IN SCHÖNFELD-WEISSIG

AUSGABE 01 - JANUAR 2018

- 03 EDITORIAL
- 04 KOMMUNALES WOHNUNGSUNTERNEHMEN - DRESDEN BAUT WIEDER
- 07 THEMA FERNSEHTURM: WACHWITZ, PAPPRITZ UND LOSCHWITZ – ORTE ZUM WOHNEN, ERHOLEN UND DER NATUR
- 09 HEINRICH-SCHÜTZ-KONSERVATORIUM IST JETZT EIGENBETRIEB
- 10 GEMEINSAME BÜRGERSPRECHSTUNDEN IN SCHÖNFELD-WEISSIG
- 11 IMPRESSUM

Aktuelle Termine der Veranstaltungsreihe „Kultur gerecht finanzieren“

22.01.2018, 19:00 Uhr Werkstattgespräch Bildende Kunst

Dr. Gisbert Porstmann, Ilka Hoffmann
(Museen der Stadt Dresden)

Antje Friedrich, Torsten Rommel
(Künstlerbund Dresden e. V.)

Moderation: Matthias Franke
(AG Kultur Bündnis 90/Die Grünen
Dresden)

05.02. 2018, 19:00 Uhr Werkstattgespräch Darstellende Kunst

Felicitas Loewe
(tjg. theater junge generation)

Andreas Nattermann
(Societaetstheater)

Moderation: Christiane Filius-Jehne
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtrat Dresden)

26.02. 2018, 19:00 Uhr Werkstattgespräch Tanz

Sabine Stenzel
(HELLERAU – Europäisches Zentrum
der Künste Dresden)

Nora Schott
(Shot AG)

Moderation: Florian Frisch
(AG Kultur Bündnis 90/Die Grünen
Dresden)

12.03.2018, 19:00 Uhr Auswertungswerkstatt



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

nach etwas längerer Zeit halten Sie wieder das aktuelle Monatsecho in den Händen, nachdem wir Ende letzten Jahres eine Sonderausgabe „Grün verändert Dresden. Zwischenbilanz der Stadtratsarbeit seit 2014“ veröffentlicht haben.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde endlich die Gründung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft vollzogen. Michael Schmelich, Sprecher für Soziales und Finanzen, wirft einen Blick zurück auf den umstrittenen Woba-Verkauf im Jahr 2006 und erläutert die zehn Regeln für die Gründung der neuen Wohnungsbaugesellschaft „Wohnen in Dresden“.

Ein Thema, welches vielen Dresdnerinnen und Dresdner am Herzen liegt, ist die Wiedereröffnung des Fernsehturms. Das ist für die Grüne Fraktion nachvollziehbar. Allerdings sollten bei der Debatte auch ganz nüchtern die Konsequenzen analysiert werden. Neben der bisher ungeklärten Finanzierung einer möglichen Sanierung spielen vor allem naturschutzfachliche Bedenken gegen die Revitalisierung eine Rolle und die möglichen Beeinträchtigungen durch den motorisierten Besucherverkehr. Die grünen Stadträte und Ortschaftsräte aus den betroffenen Stadtteilen haben dazu ein Positionspapier formuliert, welches auf dem letzten Stadtparteitag auch von der Mitgliedschaft beschlossen wurde.

Eines der Hauptziele der rot-grün-roten Kooperation war die Überführung des Heinrich-Schütz-Konservatoriums (HSKD) aus seiner Vereinsstruktur in einen Eigenbetrieb der Stadt Dresden. Warum war dieser Schritt notwendig? Ulrike Hinz, Sprecherin für die Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Bildenden Kunst, sowie Mitglied in der Mitgliederversammlung und im Beirat des HSKD, erläutert in ihrem Beitrag die Hintergründe.

Neben vielen StadträtInnen bieten auch einige OrtsbeirätInnen und OrtschaftsrätInnen regelmäßige Bürgersprechstunden an. Manuela Schott und Reinhard Vettors organisieren mit ihren Kollegen von SPD und Linke einmal monatlich eine Sprechstunde in Schönfeld-Weißig und haben so vor Ort stets ein Ohr für die Anliegen der Bürger. Sie schildern in dieser Ausgabe kurz ihre politischen Erfahrungen und Erfolge im Dresdner Hochland.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Matthias Schüssler
Medienreferent Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Dresden

Kommunales Wohnungsunternehmen - Dresden baut wieder

von Michael Schmelich

Elf Jahre nach dem Totalverkauf der städtischen Woba hat Dresden wieder ein neues kommunales Wohnungsbaunternehmen gegründet.

Die Wellen schlugen damals hoch: Vor elf Jahren verkaufte eine politische Phalanx, die bis in die Reihen der damaligen PDS reichte, den städtischen Immobilienbestand von circa 48.000 Wohnungen und mehr als 1.300 Gewerbeeinheiten an den amerikanischen Investor Fortex und dessen Gagfah-Group. Einzig die GRÜNE Fraktion stimmte geschlossen gegen den Totalverkauf.

Fraglos verhalten die Nettoerlöse aus dem Verkauf von einer knappen Milliarde Dresden zur Schuldenfreiheit. Vorher betrug die Zinsbelastung der Stadt jährlich alleine 42 Millionen Euro. Negativ waren jedoch die Folgen für Mieterinnen, Stadt und Wohnungsmarkt.

Zankapfel Sozialcharta

Für die einen war sie ein Alibi-Trostpflasterchen mit Placeboappeal, für andere ein wichtiges Instrument, die sozialen Folgen des Woba-Verkaufes zu lindern: die Dresdner Sozialcharta, vereinbart zwischen der Gagfah und der Landeshauptstadt.

Die Kernpunkte lauteten:

- Belegungsrechte für 8.000 Wohnungen auf maximal 20 Jahre,
- Beschränkungen für Mieterhöhungen und lebenslange Wohnrechte für bestimmte Mietergruppen.
- Außerdem verpflichtete sich die Gagfah, die Sozialcharta bei Wohnungsverkäufen auf die neuen Eigentümer zu übertragen.

Genau über diese Veräußerungsregelung entzündete sich 2011 der Streit mit einer Schadensersatzklage gegen das Wohnungsunternehmen über sage und schreibe 1,06 Milliarden Euro. Der Aktienkurs der Gagfah brach ein, Investoren und Banken wurden nervös. Dann einigte man sich 2012 in einem Vergleich: Die Stadt bekam 37 Millionen Euro, die jährliche Instandhaltungsverpflichtung wurde von fünf auf 7,65 Euro pro Quadratmeter erhöht, die Belegungsbindung auf 10.000 Wohnungen erweitert und die Bindungsfristen bis 2035 verlängert – keine schlechte Ausbeute, hatten doch auch Experten Zweifel an der Schlüssigkeit der Milliardenklage angemeldet.

Ein Beirat aus Stadtrat und Gagfah überwacht, ob die Charta eingehalten wird. Das läuft nicht konfliktfrei, zumal hier nur die Rahmenbedingungen erörtert werden und die vielen Konfliktfälle des Alltags zwischen Gagfah und Mietern bilateral geklärt werden müssen. Die wesentlichen Ziele werden aber weitestgehend eingehalten. Seitdem das Unternehmen als Vonovia nicht ausschließlich in den strategischen Kategorien eines Hedgefonds agiert, gestaltet sich auch der Umgang mit dem Unternehmen als kooperativer, speziell für uns als Stadträte.



Aus Überschuss wird Mangel

Der einstige Wohnungsleerstand von etwa 15 Prozent und moderate Mieten gehören der Vergangenheit an. Neben dem Bevölkerungswachstum ist daran vor allem der unsinnige Abriss von mehr als 3.000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln Schuld. Dazu hatte die Stadt die Woba vertraglich verpflichtet. Die Folge: Wohnungsnotstand insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen und Neubaumieten bei zehn Euro pro Quadratmeter. Sachsen hat im Gegensatz zu den meisten Bundesländern die Einkommensgrenzen für Wohnberechtigungsscheine nicht angepasst. Es liegt auf der Hand, dass man sich bei einem Einkommen von maximal 1.041 Euro netto keine Brutto-Kaltmieten von über 6,50 Euro pro Quadratmeter leisten kann.

Zurück zur Wohnungspolitik

Die gefährliche Abstinenz in der Dresdner Wohnungsbaupolitik musste dringend ein Ende haben. Deshalb war die Neugründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft eines der zentralen Projekte der Mehrheitskooperation aus Linken, Grünen und SPD im Stadtrat. Begleitet von erbitterten Widerständen der konservativen Minderheit im Stadtrat wurde die „Wohnen in Dresden“ (WID) mittlerweile in der Rechtsform der GmbH & Co. KG gegründet, was zunächst bei Grünen und SPD wegen der starken Rolle der Verwaltung in der Gesellschaft auf große Skepsis stieß. Dafür lassen sich in diese Gesellschaftsform kommunale Flächen grunderwerbssteuerfrei einbringen, das war letztendlich das ausschlaggebende Argument für diese Konstruktion. Nicht durchsetzbar war der Grünen-Vorschlag einer nicht börsenorientierten Aktiengesellschaft, an der sich auch die Dresdnerinnen hätten beteiligen können.

Schon vor einem Jahr bekam die kommunale Stadtentwicklungsgesellschaft Stesad den Auftrag, die ersten 300 Wohnungen auf städtischen Grundstücken zu planen. Die Stadt bringt nun Grundstücke im Wert von mindestens 50 Millionen Euro in diese WID als Grundkapital ein. Darüber hinaus werden sämtliche Erlöse aus Grundstücksverkäufen entweder zum Erwerb von für den Wohnungsbau geeigneten Flächen oder als Eigenkapitaleinlage bereitgestellt. Zusätzlich stehen bis 2019 Fördermittel des Bundes in Höhe von circa 60 Millionen Euro für Dresden zur Verfügung, auf die allerdings auch private Investoren zugreifen können. Leider haben die sachsenspezifischen Förderbedingungen unseren Plan, Mietpreise mindestens für sieben Jahre festzuschreiben und mehr als 15 Jahre Belegungsbindung zu vereinbaren, durchkreuzt. Per Erlass verbot uns die CDU/SPD-Landesregierung eine entsprechende lokale Förderrichtlinie, die auch ökologische Standards vorsah. Das ist besonders deshalb ärgerlich, weil sich eine gigantische Herausforderung bereits am Horizont abzeichnet. Spätestens 2035 laufen die Belegungsbindungen von 11.000 Woba-Wohnungen aus. Auf einen Schlag sind sie wieder zu Marktpreisen vermietbar. Die WID muss deshalb kräftig gegensteuern und sehr ehrgeizige Ziele beim Wohnungsbau in Angriff nehmen. Deshalb hat Rot-Grün-Rot auch beschlossen, bis zur nächsten Kommunalwahl 2019 den Bau von insgesamt 8.000 Wohnungen anzustoßen. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Die GRÜNE Fraktion wird daran gemeinsam mit dem GRÜNEN Bürgermeister für Stadtentwicklung und der Sozialbürgermeisterin intensiv arbeiten.



Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt. Zehn Regeln für die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft:

1. Die politische Kontrolle des Unternehmens durch den Stadtrat sicherstellen
2. Lokale Player des Wohnungsmarktes in die Planungen einbeziehen, am besten in einem Bündnis für bezahlbares Wohnen
3. Partizipative Elemente wie einen Mieterbeirat von vornherein festschreiben
4. Über Betrauungsverträge die Kosten der Gesellschaft in der Anfangsphase minimieren
5. Für eine ausreichende Eigenkapitalausstattung sorgen, etwa durch das grunderwerbssteuerfreie Einbringen von Grundstücken

6. Überprüfbare Planungszeiträume und Größenordnungen des Wohnungsbaus formulieren
7. Ein Soziales Wohnraumkonzept mit klaren Vorgaben verabschieden, neben Zielgruppen, Ausstattungsmerkmalen und Mieterstrukturen ökologische Standards nicht vergessen
8. Mietverträge so gestalten, dass man Fehlbelegungen möglichst vermeiden oder mit gestaffelten Mietpreisen finanziell ausgleichen kann
9. Flächennutzungspläne speziell unter dem Gesichtspunkt des Wohnungsbedarfes überarbeiten
10. Die höchst unterschiedliche Förderkulisse des eigenen Bundeslandes genau unter die Lupe nehmen und mit den Bedürfnissen der eigenen Kommune in Einklang bringen



Thema Fernsehturm: Wachwitz, Pappritz und Loschwitz – Orte zum Wohnen, Erholen und der Natur

Seit der Dresdner Fernsehturm für den Besucherverkehr geschlossen wurde, taucht der Wunsch nach Wiedereröffnung in unregelmäßigen Abständen in der öffentlichen Debatte innerhalb der Dresdner Stadtgesellschaft auf. Das ist verständlich, da viele DresdnerInnen schöne Erinnerungen mit dem Turm verbinden und der Blick von dort oben wirklich spektakulär ist. Auch der Wunsch, den Turm als wichtiges Zeugnis der Ostmoderne zu würdigen, ist nachvollziehbar. Für uns ist klar: Der Fernsehturm soll erhalten bleiben. Aus unserer Sicht wird aber bei der Diskussion über seine Nutzung die Entwicklung des Gebiets rund um den Fernsehturm – also insbesondere die Stadtteile Wachwitz/Loschwitz und Gönnsdorf/Pappritz – nicht genügend betrachtet.

Der Fernsehturm steht im Landschaftsschutzgebiet „Elbhänge Dresden-Pirna und Schönfelder Hochland“. Die Elbhänge und das Schönfelder Hochland wurden durch Beschluss des ehemaligen Bezirkstages Dresden am 4. Juli 1974 zum Landschaftsschutzgebiet erklärt. Seine Größe beträgt 3.540 Hektar, wovon 2.166 Hektar

auf Dresdner Stadtgebiet liegen. Kennzeichnend für das Landschaftsschutzgebiet ist der Übergang von der Lausitzer Platte mit ihren flachwelligen Hochflächen, Muldentälchen und flachen Kuppen und Rücken zu den Elbhängen und der Elbtalweitung.

Die Elbhänge als scharf begrenzter Abfall der Lausitzer Platte sind durch enge Kerbtäler gekennzeichnet. Im Stadtgebiet sind diese Täler der Wachwitzgrund, Helfenberger Grund, Keppgrund, Vogelgrund und Friedrichsgrund. Das Hochland ist durch seine abwechslungsreichen landschaftlichen Kleinstrukturen sehr interessant. Diese Kleinstrukturen und charakteristischen Landschaftszüge mit all ihren botanischen, faunistischen und klimatischen Besonderheiten wollen wir genauso erhalten und sichern wie die hier vorhandenen Baudenkmäler und die ländlichen Siedlungsstrukturen.

In unmittelbarer Nachbarschaft des Fernsehturms befindet sich das Flora-Fauna-Habitat „Elbtalhänge zwischen Loschwitz und Bonnewitz“ (Schutzziel ist die Gewährleistung der ökologischen Funktionsfähigkeit für verschiedene Lebensräume und Arten) sowie das Naturschutzgebiet „Dresdner Elbtalhänge“. Das Naturschutzgebiet schützt die rechtselbischen Steilhang-Laubmischwälder sowie artenreiche Magerwiesen in einem überregional bedeutsamen Übergangsbereich zwischen dem Dresdner Elbtal und dem Schönfelder Hochland. 55 verschiedene Brutvogelarten werden hier geschützt. Mehrere Dutzend Schmetterlings- und

Käferarten zeichnen das Gebiet aus. Und zuletzt ist es auch als Wander- und Erholungsgebiet für den Siedlungsbereich „Oberes Elbtal“ von großer Bedeutung.

Eine kürzliche erstellte Machbarkeitsstudie zur Revitalisierung des Fernsehturms geht davon aus, dass eine Öffnung zwischen 230.000 und 260.000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr erzielen könnte und auch müsste, um die Unternehmung einigermaßen wirtschaftlich gestalten zu können (umfangreichere Revitalisierungs-ideen würden Besucherströme von bis zu 450.000 Personen pro Jahr auslösen und notwendig machen). In der Studie geht man deswegen davon aus, dass pro Tag etwa 2.000 Besucherinnen und Besucher zum Fernsehturm anreisen – davon über 90 Prozent mit dem eigenen Pkw. Dafür müsste in Pappritz ein mindestens fünfgeschossiges Parkhaus gebaut werden. Allerdings sind für einen solchen Besucherzustrom die Straßen rund um den Fernsehturm nicht ausgelegt, da es sich um reine Anliegerstraßen handelt. Das heutige Mobilitätsverhalten ist mit dem vor 25 Jahren und früher nicht zu vergleichen. Das Lebensumfeld in Wachwitz und Pappritz würde sich spürbar verändern – für Erholungssuchende sowie für Anwohnerinnen und Anwohner. Die Pillnitzer Landstraße und die Bautzner Landstraße müssten zusätzlichen Verkehr aufnehmen, beide Straßen sind jetzt schon extrem belastet.

Für die Öffnung des Fernsehturmes müsste also nicht nur die Sanierung des Turmes selbst und die Einrichtung mit Gastronomie und ähnlichen Dingen bezahlt werden, sondern auch der Ausbau von Straßen, Parkplätzen und ÖPNV-Verbindungen. Dresden würde dies nicht nur mit Geld bezahlen, sondern auch mit dem Verlust eines besonderen Lebensraumes für Menschen und Natur.

Einer privat finanzierten Revitalisierung des Fernsehturms verschließen wir uns nicht, solange eine Lösung gefunden wird, bei der beispielsweise eine Herauslösung aus dem Landschaftsschutzgebiet nicht erforderlich ist. Wenn dafür Steuergeld eingesetzt werden soll, erinnern wir gern an die die Vielzahl von noch zu realisierenden Vorhaben, die ganz Dresden zukunftsfähig und lebenswert machen sollen: sei es der Bau von Rad- und Fußwegen, die Sanierung von Schulen und Kindergärten, der soziale Wohnungsbau, mehr Stadtgrün in Zeiten des Klimawandels und vieles anderes mehr.

Wachwitz, Pappritz und Loschwitz sind für Dresden von großer Bedeutung. Wir wollen diese Stadtteile als Orte des Wohnens, der Natur und der Erholung für alle Dresdnerinnen und Dresdner entwickeln.

Unterzeichnende:

- Dr. Wolfgang Deppe, Stadtrat für Blasewitz
- Christiane Filius-Jehne, Stadträtin für Loschwitz
- Torsten Hans, Mitglied in Blasewitz
- Till Käbsch, Mitglied in Loschwitz
- Cornelia Munzinger-Brandt, Ortsbeirätin in Loschwitz
- Mona Scholz-Kluge, Ortsbeirätin in Loschwitz
- Manuela Schott, Ortschaftsrätin in Schönfeld-Weißig, aus Pappritz
- Ulrich Schröder, Mitglied in Loschwitz
- Katja Solbrig, Mitglied in Loschwitz
- Prof. Dr. Ralf Weber, Mitglied in Loschwitz



Heinrich-Schütz-Konservatorium ist jetzt Eigenbetrieb

von Ulrike Hinz

Eines der Hauptziele der rot-grün-roten Kooperation war die Überführung des Heinrich-Schütz-Konservatoriums (HSKD) aus seiner Vereinsstruktur in einen Eigenbetrieb der Stadt Dresden. Warum dieser Schritt?

Die Schülerzahlen wuchsen von 4.800 im Jahr 2008 auf 6.000 im Jahr 2017. Hinter dieser Entwicklung steckt eine enorme Leistung der Mitarbeiter, aber auch dem ehrenamtlichen Engagement von Trägerverein, Beirat, Förderverein und Vorstand des HSKD ist dies zu danken. Es hat in den vergangenen Jahren viele schwierige Situationen gegeben, wenn z.B. die finanziellen Mittel nicht reichten. Dies brachte immer wieder Turbulenzen und Aufregung, die einer so großen Bildungseinrichtung der Stadt nicht dienlich waren. Die Verantwortung lag in den ganzen Jahren ausschließlich beim Verein. Das war nicht mehr zu verantworten und die Kooperation sah die Stadt in der Pflicht.

Dresden wächst und somit wird zukünftig auch die Zahl der Schüler wachsen, die eine musikalische Ausbildung

am HSKD anstreben. Dafür ist vom Vorstand eine umfangreiche Schulkonzeption erarbeitet worden. Deren Ziele zu erreichen, sehen wir aber nicht in der Vereinsstruktur gegeben, sondern nur in einem Eigenbetrieb!

Die Stadt übernimmt die Verantwortung - und das ist auch gut so. Die Risiken, die eine Umwandlung in einen Eigenbetrieb bringen kann, wurden minimiert und die Förderung des Freistaates bleibt unberührt. Es wird sowohl eine Schüler- als auch eine Elternvertretung geben, es wird ein Beirat für künstlerisch-pädagogische Fragen gebildet und die 165 Honorarkräfte werden Verträge bekommen.

Trotzdem kam vehementer Widerstand vonseiten der CDU - und FDP-Fraktion. Schwarzmaler und Neinsager gab es bei allen großen Projekten, ob Kraftwerk Mitte oder Kulturpalast. Und was ist daraus geworden? Es sind alles Erfolgsgeschichten, die Dresden vorangebracht haben und deren Unterstützung die vornehmste Aufgabe des Stadtrates zu sein hat. Dazu braucht es aber den Mut, politisch klug zu handeln. Diesen Mut haben wir auch am 28. September 2017 bewiesen. Und ich bin mir sicher, auch diese Entscheidung wird zum Erfolg für das HSKD und die Stadt Dresden werden.



Gemeinsame Bürgersprechstunden in Schönfeld-Weißig

von Manuela Schott

Die Ortschaftsräte Manuela Schott und Reinhard Veters (GRÜNE), Joachim Kubista (SPD) und Norbert Kunzmann (Die Linke) laden bereits seit Oktober 2016 regelmäßig zur Bürgersprechstunde ein. Hier werden wichtige Themen besprochen, die oft im engen Zusammenhang mit Entscheidungen des Ortschaftsrates Schönfeld-Weißig stehen.

So nutzte die Bürgerinitiative aus Rockau die Gelegenheit am 14. März 2017, uns um Hilfe zu bitten. Es ging um den bedauernden Zustand des beliebten Rockauer Aussichtspunktes „Hiefel“. Seit 2012 ist der wundervolle Blick in die Weite, insbesondere in der Vegetationszeit, stark eingeschränkt. Hohes, dichtes Chinaschilfs versperrt die Sicht ins Elbtal. Die Bürgerinitiative hatte sich deshalb bereits im Juni 2016 an die Ortsvorsteherin gewandt und einen Förderantrag eingereicht. Es passierte nichts. Am 6. März 2017 wurde „der Hiefel“ zwar im Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig behandelt, aber die Entscheidung über Fördermittel wurde vertagt. Die Ortsvorsteherin wurde stattdessen gebeten, die Verwaltung zu beauftragen, im Zusammenwirken mit der Bürgerinitiative Rockau einen genehmigungsfähigen Projektvorschlag zu unterbreiten und im Ortschaftsrat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Erst als wir Opposition-Politiker nachhaken, gab es in nichtöffentlichen Sitzungen Informationen. Doch das reicht nach unserer Auffassung nicht aus. Wir wollen, dass öffentliche Belange in öffentlichen Sitzungen des Ortschaftsrates behandelt werden. Um die notwendige Transparenz und entsprechenden Handlungsdruck herzustellen, ergriff ich die Initiative und brachte mit meinen Mitstreitern einen Antrag in den Geschäftsgang. Er verlangte, dass über den Stand der Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern zur Realisierung einer besseren Nutzbarkeit des Aussichtspunktes „Hiefel“ in Rockau in der öffentlichen Sitzung informiert wird und dem Ortschaftsrat ein genehmigungsfähiger Projektvorschlag zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet werden soll. Am 13. November 2017 war es soweit. Die Vertreter der Bürgerinitiative erhielten auf Antrag von mir in der öffentlichen Sitzung Rederecht. Am 4. Dezember 2017 beschlossen die Ortschaftsräte endlich, dass 15.000,-€ für Flächenankauf und Planungskosten dem Liegenschaftsamt für zur „Errichtung einer Aussichtsplattform am Rockauer Aussichtspunkt Hiefel“ bereitgestellt werden.

In den Bürgersprechstunden werden aber auch Sachfragen erörtert und diskutiert, die über die Grenzen des Hochlandes hinausreichen können, aber die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aus dem Hochland berühren. Jüngstes Beispiel war das Gesprächsthema „Nahverkehr ins und vom Schönfelder Hochland“ am 12. September 2017. Es sollte insbesondere um die Verkehrsverbindungen und Anschlussmöglichkeiten gehen. Im Ergebnis der Bürgersprechstunde regte ich konkrete Verbesserungen der Situation für die Fußgänger am

Ullersdorfer Platz an. Offenkundig fehlen seit 27 Jahren ausreichender Witterungsschutz und die vollständige Gewährleistung der Barrierefreiheit. Die Aufenthaltsqualität ist für die Fußgänger unbefriedigend. Die Menschen, die mit der DVB ins Hochland landwärts fahren und wochentags in die Stadt pendeln, fühlen sich abgehängt. Sie werden quasi im Regen stehen gelassen, denn die Wartehäuschen reichen bei weitem nicht aus. Ich unterbreitete im Ortschaftsrat den anwesenden Vertretern des Stadtplanungsamtes und der DVB mehrere Vorschläge, um die Aufenthaltsqualität am Ullersdorfer Platz kurz- bis mittelfristig zu verbessern. Mehr unter „Schönfeld-Weißig“ auf <http://www.gruene-fraktion-dresden.de>

Die beiden Beispiele verdeutlichen, dass Bürgerinnen und Bürger sehr wohl Einfluss auf ihre Kommunalpolitikerinnen vor Ort nehmen können. Sie zeigen auch, dass es eben nicht stimmt, dass die meisten Politiker nur die Stimmen der Wähler haben wollen, sich aber nicht für die Ansichten der Wähler interessieren. Das zumindest hatten 72% der Sachsen im Sachsenmonitor behauptet. 68% der Sachsen meinten auch, dass „Leute wie ich so oder so keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut“. Um dieser landläufigen Meinung entgegenzuwirken, werden wir weiterhin, jeden 2. Dienstag im Monat mit unseren Bürgerinnen und Bürgern wichtige Themen der Ortschaft Schönfeld-Weißig in unseren gemeinsamen Bürgersprechstunden diskutieren.



Christiane Filius-Jehne
Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Kultur und Tourismus

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Loschwitz

filius-jehne@gruene-fraktion-dd.de



Thomas Löser
Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Stadtentwicklung und Bau

Ansprechpartner für alle Angelegenheiten im Ortsamt Altstadt

loeser@gruene-fraktion-dd.de



Kati Bischoffberger
Sprecherin für Petitionsangelegenheiten

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Pieschen

bischoffberger@gruene-fraktion-dd.de



Ulrike Caspary
Sprecherin für Bildung und Gleichstellung

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Klotzsche

caspary@gruene-fraktion-dd.de



Dr. Wolfgang Deppe
Sprecher für Umwelt und Klima

deppe@gruene-fraktion-dd.de



Kerstin Harzendorf
Sprecherin für Allgemeine Verwaltung, Bürgerbeteiligung und Transparenz

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Leuben und Ortsamt Blasewitz

harzendorf@gruene-fraktion-dd.de



Ulrike Hinz
Sprecherin für Gesundheit und verantwortlich für die Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Bildenden Kunst

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Prohlis

hinz@gruene-fraktion-dd.de



Johannes Lichdi
Sprecher für Verkehr, Energie, Naturschutz

lichdi@gruene-fraktion-dd.de



Michael Schmelich
Sprecher für Finanzen und Soziales

Ansprechpartner für alle Angelegenheiten im Ortsamt Plauen

schmelich@gruene-fraktion-dd.de



Torsten Schulze
Sprecher für Wirtschaft und Sport

Ansprechpartner für alle Angelegenheiten im Ortsamt Neustadt

schulze@gruene-fraktion-dd.de



Tina Siebeneicher
Sprecherin für Asyl, Migration und Jugend

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Cotta

siebeneicher@gruene-fraktion-dd.de

Impressum
Herausgeber:
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Dresden
Dr.-Külz-Ring 19 | 01067 Dresden
Telefon: 0351 488 2699 | E-Mail: gruene-fraktion@dresden.de
www.gruene-fraktion-dresden.de
Redaktion: Matthias Schüssler
Fotos: Barbara Schmidt, Oliver Killig, Wikimedia Commons
Gestalterische Umsetzung: grafikladen.com

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Dresdner Stadtrat

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Dresden | Dr.-Külz-Ring 19 | 01067 Dresden
gruene-fraktion@dresden.de | www.gruene-fraktion-dresden.de
www.facebook.com/Bündnis-90Die-Grünen-Stadtratsfraktion-Dresden-211809578866910
twitter.com/gruene_stadtrat